

Kurzinformationen

Im Jahr 1985 waren in der Bundesrepublik 75042 Austritte aus der katholischen Kirche zu verzeichnen.

Das wurde in einer Pressemitteilung zum kirchlichen Leben 1985 bekanntgegeben, die das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz vor einigen Wochen herausgab. Im Unterschied zur EKD, die jedes Jahr eine ausführliche, kommentierte Statistik über das kirchliche Leben in ihren Gliedkirchen vorlegt, werden von katholischer Seite nur gelegentlich solche statistischen Angaben bekanntgemacht. Die Austrittszahl von 1985 wurde in der Nachkriegszeit bisher nur einmal, nämlich 1974 übertroffen: Damals traten 83000 Personen aus der katholischen Kirche aus. Nach den Angaben der Bischofskonferenz lag der Prozentsatz der sonntäglichen *Gottesdienstbesucher* 1985 bei 25,8 Prozent der Katholiken. 1970 wurden noch 37,4 Prozent sonntägliche Gottesdienstbesucher gezählt. Die höchsten Zahlen beim Gottesdienstbesuch waren 1985 in den Bistümern Regensburg (37,6 Prozent), Würzburg (33,7 Prozent), Eichstätt (33,2 Prozent) und Passau (31,2 Prozent) zu verzeichnen. Am niedrigsten lag die Quote in den Bistümern Berlin (13,6 Prozent), Essen (17,5 Prozent) und Mainz (18,7 Prozent). Die Zahl der *Taufen* in den bundesdeutschen Diözesen betrug 1985 254000; im Vergleichsjahr 1970 waren es 370000. Die Zahl der *kirchlichen Trauungen* sank zwischen 1970 und 1985 um 30,9 Prozent; 1985 wurde mit 113006 kirchlichen Trauungen die niedrigste Zahl seit Kriegsende registriert. In einem Interview mit der „Kölnischen Rundschau“ äußerte der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat *Wilhelm Schätzler*, die Hoffnung, daß sich die Zahl der Austritte aus der katholischen Kirche wieder verringern werde. Die hohe Zahl der Austritte im Jahr 1985 erklärte Schätzler als Spätfolge des Traditionsbruchs, der Anfang der 70er Jahre stattgefunden habe. Diejenigen, die als Jugendliche in diese Phase geraten seien, würden heute erwägen, der Kirche den Rücken zu kehren. Bereits Anfang der 80er Jahre habe eine Wende eingesetzt, die sich in den Statistiken aber erst in fünf bis zehn Jahren niederschlagen werde.

Die Glaubenskongregation hält Pater György Bulányi Abweichungen von der Lehre der Kirche vor.

Am 11. Juni veröffentlichte die ungarische katholische Presseagentur „Magyar Kurir“ zwei Schreiben der Glaubenskongregation an den Piaristenpater *György Bulányi*, versehen mit einer einführenden Erklärung des neuen ungarischen Primas und Erzbischofs von Esztergom, *László Paskai*. Vom ungarischen Episkopat war die Glaubenskongregation vor einigen Jahren um eine Überprüfung der Schriften von Pater Bulányi ersucht worden (vgl. HK, Juli 1982, 321–323), nachdem die Bischofskonferenz in einer Erklärung vom 10. März 1982 ihrerseits festgestellt hatte, Bulányi und einige Seelsorger, die sich

ihm angeschlossen hätten, verbreiteten irriige Glaubenslehren und wollten eine von der bisherigen abweichende Kirchendisziplin einführen. In dem jetzt veröffentlichten Schreiben der Glaubenskongregation an Bulányi vom 1. September 1986 werden diesem ein gewisser „Relativismus“ in der Bewertung des Neuen Testaments, falsche Auslegungen der Verbindlichkeit des kirchlichen Lehramts und irriige Ansichten über die Autorität der kirchlichen Hierarchie vorgeworfen. Für bedenklich hält Rom auch Bulányis Auslegung der Erklärung des Zweiten Vatikanums über die Religionsfreiheit. In dem zweiten, vom 30. April 1987 datierten Schreiben stellt die Glaubenskongregation fest, die von ihr in Bulányis Schriften kritisierten Punkte unterlägen nicht der freien theologischen Diskussion. Gleichzeitig wird dem Spiritus rector eines Teils der ungarischen Basisgemeinschaften mitgeteilt, da es von ihm keine befriedigende Stellungnahme gebe, sollten die beiden Schreiben veröffentlicht werden. In seiner Erklärung zur Publikation der beiden vatikanischen Texte würdigte Erzbischof Paskai den Dynamismus der in Ungarn in den letzten Jahrzehnten vielerorts entstandenen Basisgemeinschaften. Er wies aber gleichzeitig auf die Gefahren dieses Aufbruchs hin: die Basisgemeinden wichen bisweilen von der katholischen Lehre und Kirchendisziplin durch ihre individuellen Interpretationen ab. Die mit der Person von Pater Bulányi verbundenen Gemeinschaften bereiteten der Bischofskonferenz aber seit Jahren viele Sorgen. In seinen Schriften „Der Gehorsam“ und „Die kirchliche Ordnung“ vertrete Bulányi von der offiziellen Kirchenlehre abweichende Positionen. Rom habe die Schriften Bulányis „im Geist des Dialogs“ untersucht und diesen zu einer eindeutigen Erklärung aufgefordert. Diese habe Bulányi nicht abgegeben.

Vom 9. bis 16. Juni kam in Bari die katholisch-orthodoxe Dialogkommission zu ihrer fünften Vollversammlung zusammen.

Dieses außerplanmäßige Treffen der Kommission war vor einem Jahr bei der *vierten Vollversammlung* in Bari (vgl. HK, Juli 1986, 309–310) vereinbart worden. Damals hatten die Vertreter mehrerer orthodoxer Kirchen die Zusammenkunft boykottiert bzw. die Versammlung vor ihrem Abschluß verlassen. Anlaß für den Boykott war vor allem von seiten der Kirche von Griechenland eine Ausstellung makedonischer Ikonen im Vatikan, die als römische Unterstützung der Autokephalie der makedonischen Kirche ausgelegt wurde. Diese 1967 erklärte Autokephalie ist von den übrigen orthodoxen Kirchen bisher formell nicht anerkannt worden. Aufgrund der Lücken in der orthodoxen Delegation war die vierte Vollversammlung nicht beschlußfähig. Jetzt konnte das zweite gemeinsame Dokument der Dialogkommission verabschiedet werden, das den Titel „Glaube, Sakra-

mente und Einheit der Kirche“ trägt. Dieses Dokument beschäftigt sich in einem ersten Teil mit dem Thema „Glaube und Sakramentengemeinschaft“ und untersucht im zweiten Teil die katholische und orthodoxe Praxis der Initiations sakramente im Blick auf die als Ziel des theologischen Dialogs angestrebte volle Kirchengemeinschaft von Katholiken und Orthodoxen. Das schon bei der Vollversammlung 1986 in Bari beratene weitere gemeinsame Dokument über das „Sakrament des Ordo in der sakramentalen Struktur der Kirche, unter besonderer Berücksichtigung der apostolischen Sukzession für die Heiligung und die Einheit des Volkes Gottes“ wurde jetzt bei der außerplanmäßigen Vollversammlung der Kommission weiter beraten, aber noch nicht verabschiedet. Mit ihm wird sich die Dialogkommission bei ihrem sechsten Plenartreffen 1988 im finnischen Kloster Valamo befassen. Der ökumenische Patriarch Dimitrios I. wird im Dezember dieses Jahres Johannes Paul II. in Rom einen Besuch abstatten. Es handelt sich dabei um den Gegenbesuch zum Treffen von Papst und ökumenischem Patriarchen 1979 in Istanbul (vgl. HK, Januar 1980, 11–13).

Die Kirche in El Salvador sieht derzeit nur geringe Chancen für eine Beendigung des Bürgerkriegs in dem mittelamerikanischen Land.

Erzbischof *Arturo Rivera Damas* erklärte in New York, beide Bürgerkriegsparteien El Salvadors seien zum jetzigen Zeitpunkt nicht an der Wiederaufnahme von Gesprächen oder gar Verhandlungen interessiert. In El Salvador herrsche eine äußerst gespannte Lage; jede Seite sei bestrebt, die andere mit Waffengewalt zum Aufgeben zu zwingen. Erzbischof Rivera führte die verschärfte Situation auf die geschwächte Regierung des Christdemokraten *José Napoleón Duarte* zurück, der sich gegen linke und rechte Kräfte im Land zu behaupten versuche. Besorgt äußerte sich Rivera über das Wiedererstarken der extremen Rechten in El Salvador. Diese sei ebenso an der gegenwärtigen Misere schuld wie die Guerilla, deren starke militärische Ausrüstung den Rebellen die Fortsetzung des Krieges ermögliche. Der salvadorianische Erzbischof nahm in New York einen UNICEF-Preis entgegen, der der katholischen Kirche El Salvadors für ihren Einsatz für Frieden und für das Überleben der Kinder in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten verliehen worden war. – In London bezeichnete der Generalvikar von San Salvador, *Ricardo Urioste*, die Lage in seinem Land als „fast hoffnungslos“. Die einzige Möglichkeit, der Bevölkerung langfristig zu helfen, seien „ein sofortiges Ende des Bürgerkriegs, die Einsetzung einer unbestechlichen Regierung und das Ingangsetzen eines nationalen Wirtschaftsprogramms“. – Die von Präsident Duarte in Aussicht gestellte Amnestie für politische Gefangene, terroristische Gewalttäter ausgenommen, ist von der katholischen Kirche begrüßt worden. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen befinden sich in El Salvador etwa 1000 Personen aus politischen Gründen in

Haft; gegen viele von ihnen bestehe keine rechtliche Handhabe. Kritisch äußerte sich hingegen Weihbischof *Gregorio Rosa Chavez* von San Salvador erneut zu der Praxis der *Zwangsrekrutierungen*, die sowohl von der Armee als auch von der Guerilla-Organisation „Frente Farabundo Martí (FMLN)“ immer häufiger angewandt werde. „Die überwiegende Last des Krieges tragen die Armen. Die Reichen, die so vehement für eine militärische Lösung des Konflikts eintreten, würden sicher anders darüber denken, wenn ihre Kinder, die wie im Frieden studieren, arbeiten oder ihre Jugend vertun, ebenfalls gezwungen wären, auf den Schlachtfeldern ihr Leben einzusetzen“, sagte der Weihbischof in einer Predigt in der Kathedrale der Hauptstadt.

Die Landkonflikte im Nordosten Brasiliens nehmen zu.

Vier residierende Bischöfe aus dem brasilianischen Bundesstaat Pará sind mit einer Erklärung über Verfolgung und Unterdrückung der Landbevölkerung durch Polizei und Militär an die Öffentlichkeit getreten. Die „zahllosen illegalen und willkürlichen“ Vertreibungen von Kleinbauern und ihren Familien, Morde, Folterungen und Verstümmelungen seien inzwischen an der Tagesordnung, Terror habe sich ausgebreitet. Die Bischöfe berichten über eine seit Februar dieses Jahres laufende „Befriedungsaktion“ der Militärpolizei in ihrer Region. Schwerebewaffnete Einheiten durchkämmten das Gebiet Dorf für Dorf nach Waffen und konfiszierten die Jagdgewehre der Kleinbauern. Dabei komme es, wie die Bischöfe aus Berichten von Augenzeugen, Genossenschaftsführern, Ärzten und sogar lokalen Behörden erfahren hätten, zu unvorstellbaren Grausamkeiten. Die Bischöfe nennen in ihrer Erklärung die verantwortlichen Militärs beim Namen und beschreiben die Übergriffe der Einheiten: „Zum Zweck der Einschüchterung und Abschreckung werden Kinder an den Haaren aufgehängt, Frauen öffentlich vergewaltigt, die Männer zusammengeschlagen und zertrampelt. Sie werden gezwungen, den Kot von Tieren zu essen, dorniges Gestrüpp zu schlucken und auf andere vielfältige Weise gequält. Schwangere Frauen und Kinder müssen im Schlamm kriechen und sich in Ameisenhaufen legen, während die Polizei knapp über ihre Knöpfe hinwegschießt. Ganz zu schweigen von Übergriffen auf unsere Priester und Gotteshäuser. So will man Ruhe und Frieden in der Region stiften, wie es offiziell heißt.“ Die Erklärung der Bischöfe schließt mit dem Aufruf, dem Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und der Gewalt ein Ende zu setzen. „Es ist genug. Wo der als Ebenbild Gottes geschaffene Mensch so gequält wird, wird Gott geleugnet.“ – Die Lage im Nordosten Brasiliens hat durch eine anhaltende Dürreperiode katastrophale Ausmaße angenommen. In einigen Landstrichen der brasilianischen Bundesstaaten Ceara und Paraíba ist es bereits zu Plünderungen der hungernden Bevölkerung gekommen. Die Regierung in Brasilia hat Notstandsprogramme in Aussicht gestellt.